



Abstimmung vom 7.3.2021

Knappes Ja in der ersten Abstimmung über ein Freihandelsabkommen

**Angenommen: Genehmigung des Wirtschafts-
partnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-
Staaten und Indonesien**

Matthias Strasser

Empfohlene Zitierweise: Strasser, Matthias (2022): Knappes Ja in der ersten Abstimmung über ein Freihandelsabkommen. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Mit jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts von über 5% stellt Indonesien zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine stark wachsende Volkswirtschaft dar, und Prognosen sehen für das Land das Potenzial, bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft weltweit aufzusteigen. Vor diesem Hintergrund und auch weil die Europäische Union denselben Weg geht, handelt die Schweiz mit den übrigen EFTA-Staaten ein umfassendes Wirtschaftsabkommen mit Indonesien aus, das der Bundesrat 2019 dem Parlament zur Genehmigung vorlegt. Es sieht unter anderem einen Abbau von Zöllen auf 98% der aus der Schweiz nach Indonesien ausgeführten Waren vor. Im Gegenzug erhält Indonesien unter anderem das Recht, in gewissem Umfang Palmöl-Produkte zollfrei in die Schweiz zu exportieren. Bedingung dafür ist, dass vereinbarte Nachhaltigkeitsstandards in der Produktion eingehalten wurden.

Gerade diese Bedingung sorgt im Parlament für Diskussionen. Im Nationalrat verlangt die Ratslinke, dass die Kontrollmechanismen verbessert werden. Und mehrere Kantone fordern mit Standesinitiativen, dass Palmöl ganz vom Abkommen ausgeschlossen wird. Die bürgerlichen Fraktionen und Wirtschaftsminister Guy Parmelin betonen dagegen, die im Abkommen vorgesehenen Nachhaltigkeitsbestimmungen stellen bereits ein Zugeständnis im Sinne der Linken dar. Schliesslich stimmt der Nationalrat der unveränderten Vorlage zu, mit 119 zu 56 Stimmen bei 21 Enthaltungen. Die Diskussion im Ständerat ist kürzer: Mit Verweis auf die Wachstumsprognosen und darauf, dass erstmals überhaupt in einem Freihandelsabkommen Nachhaltigkeitskriterien enthalten sind, stimmt die kleine Kammer mit 34 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen deutlicher zu. In beiden Räten sagt die Fraktion der Grünen geschlossen Nein, während aus der SP auch Enthaltungen und – im Ständerat – Ja-Stimmen kommen.

Nach den Schlussabstimmungen im Parlament ergreift zum ersten Mal überhaupt ein Komitee das Referendum gegen einen Freihandelsvertrag. Zur Gruppe mit dem Namen «Stopp Palmöl aus Indonesien» gehören die Kleinbauerngewerkschaft Uniterre, die Klimastreikbewegung und weitere Umweltorganisationen. Sie argumentieren, nachhaltiges Palmöl – wie durch die Nachhaltigkeitsstandards suggeriert – könne es gar nicht geben. Neben der indonesischen Umwelt schade das Abkommen ausserdem den Schweizer Landwirt:innen; insbesondere Rapsöl-Produzent:innen hätten neue Konkurrenz zu befürchten.

GEGENSTAND

Die EFTA-Staaten (Norwegen, Island, Liechtenstein, Schweiz) haben gemeinsam ein Freihandelsabkommen mit Indonesien verhandelt. Dieses sieht für die Schweiz unter anderem Zoll-Erleichterungen für die Mehrheit der zu exportierenden Güter vor. Im Gegenzug darf Indonesien Industriegüter zollfrei in die Schweiz exportieren. Für landwirtschaftliche Produkte – darunter Palmöl – sind Zollerleichterungen und Kontingente vorgesehen. Zum Schutz von Mensch und Umwelt sollen diese nur ange-

wandt werden, wenn die zu exportierenden Produkte definierte Nachhaltigkeitsstandards erfüllen. Dies stellt im Kontext von Freihandelsabkommen ein Novum dar.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Auseinandersetzung konzentriert sich im Rahmen des Abstimmungskampfes fast ausschliesslich auf die Frage der Palmöl-Importe und läuft oft schlicht unter dem Titel «Palmöl-Referendum» – obschon die Schweiz im Jahr 2019 lediglich 0,1% ihres Palmöls aus Indonesien einführte. Die Kritiker:innen warnen vor grossflächiger Zerstörung des indonesischen Regenwalds und vor Menschenrechtsverletzungen. Den von der Befürworter:innen-Seite stipulierten Begriff des «nachhaltigen Palmöls» lehnen sie kategorisch ab – Palmöl sei per se nicht nachhaltig.

Auf der Nein-Seite treten nebst der Kleinbauern-Gewerkschaft Uniterre Umweltorganisationen wie Pro Natura, Greenpeace und die Klimastreik-Bewegung in Erscheinung. Unterstützt werden sie von den Grünen sowie von kleineren Parteien (Juso, EVP, PdA). Gewichtige Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeitsorganisationen, die sich während der Verhandlungsphase noch gegen das Freihandelsabkommen eingesetzt haben (Public Eye, Alliance Sud, Brot für alle), engagieren sich hingegen im Abstimmungskampf nicht mehr und geben auch keine Parole aus. Die SP ist gespalten: Sie fasst auf nationaler Ebene zwar die Nein-Parole, acht Kantonalsektionen weichen jedoch ebenso ab wie verschiedene prominente Exponent:innen, so etwa der Nationalrat und ehemalige Juso-Präsident Fabian Molina. Er argumentiert insbesondere mit den erstmals in einem Freihandelsabkommen festgelegten Nachhaltigkeitsstandards, die für künftige Verträge wegweisend sein würden. Auch die Entwicklungszusammenarbeitsorganisation Swissaid und WWF Schweiz befürworten den Indonesien-Freihandel. Letzterer ist Mitbegründer jenes Nachhaltigkeitslabels, das für die Überprüfung der Palmöl-Importe vorgesehen ist, und wirbt für ein «zurückhaltendes Ja».

Geschlossen für das Abkommen setzen sich die bürgerlichen Parteien und alle grossen Wirtschaftsverbände sowie der Bauernverband ein. Sie sehen vor allem Wettbewerbsvorteile für Schweizer Firmen im Export nach Indonesien bzw. die Vermeidung von Nachteilen gegenüber der EU-Konkurrenz, die ihrerseits über ein Freihandelsabkommen bald privilegierten Zugang zum indonesischen Markt erhalten soll.

Medial hält sich die Aufmerksamkeit für die Vorlage bei überwiegend positiver Tonalität in engen Grenzen (vgl. fög 2021). Mehrere Medien hätten «fast gar nicht» über die Vorlage berichtet. Und auch im gekauften medialen Raum ist die Auseinandersetzung einseitig, wie die APS-Inserate-Analyse zeigt: 98% der geschalteten Inserate stammen demnach von der Ja-Seite, lediglich zwei Inserate habe das Nein-Lager publizieren lassen (Heidelberger/Bühlmann 2021).

ERGEBNIS

Am Abstimmungssonntag fällt das Ergebnis knapper aus, als nach diesem recht einseitig geführten Abstimmungskampf und aufgrund der gespaltenen Linken zu erwarten war: 51,6% der Stimmenden sagen Ja zum Abkommen. Mit einer Ausnahme stimmen alle Deutschschweizer Kantone und das Tessin der Vorlage zu (am deutlichsten Nidwalden: 62,7%). Die Westschweiz und der Kanton Basel-Stadt (48,8% Ja) lehnen sie ab, am deutlichsten der Kanton Waadt (34,1% Ja-Stimmen). Die Stimmbeteiligung liegt bei 51,1%.

Die Nachbefragung (gfs.bern 2021) zeigt, dass Frauen und Jüngere etwas freihandelskritischer eingestellt waren als Männer und Ältere. Entscheidender als soziodemografische Merkmale sei für den Stimmentscheid aber die politische Zugehörigkeit gewesen: Anhänger:innen von SVP (73% Ja), FDP (79%), Mitte (69%) und GLP (55%) stimmten mehrheitlich zu. Jene der Grünen (18% Ja) und – trotz der gespaltenen Parteilite – auch jene der SP (29%) stellten sich hingegen recht deutlich gegen die Vorlage.

QUELLEN

Ammann, Amando (2022). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Genehmigung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (BRG 19.036), 2019–2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 29.4.2022.

fög (2021). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 7. März 2021. Schlussbericht vom 5. März 2021*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

gfs.bern (2021). *VOX-Analyse März 2021. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 7. März 2021*. Bern: gfs.bern.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2021). *APS-Zeitungs- und Inse-rateanalyse zu den Abstimmungen vom 7. März 2021. Zwischenstand vom 25.2.2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Statista.de (2022). *Indonesien: Wachstum des realen BIP von 1980 bis 2020 und Prognosen bis 2026*. Hamburg. Online: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14565/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-indonesien/>, abgerufen am 29.4.2022.

Pressebeiträge: NZZ vom 15.2.2021. Tages-Anzeiger vom 5.9.2015.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 7.3.2021 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 19.036).

Bundesblatt: BBl 2019 5225. BBl 2021 1185.